Büro HANS-DIETRICH GENSCHER

Beitrag
von Bundesminister a. D.
Hans-Dietrich Genscher
für die Mitteldeutsche Zeitung (Halle/Saale)

(Ausgabe vom 9. September 2014)

Respekt, Frau Bundeskanzlerin!

SPERRFRIST: 08.09.14, 12:00 Uhr

Achtung Redaktionen!! Bitte Sperrfrist beachten!

Mit ihrer klaren Feststellung und wiederholten Betonung: Wir halten fest an der NATO-Russland-Akte hat die Bundeskanzlerin ein Zeichen gesetzt. Es lautet: Die NATO hält fest an den Prinzipien der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Russland, wie sie in der Akte von 1997 vereinbart wurde. Diese klare Feststellung war notwendig. Sie hat drei Adressaten: Moskau als Partner der Akte; diejenigen in der NATO, die sich durch die Akte eingeschränkt fühlen; aber auch Stimmen im eigenen Lande. Die Erklärung der Bundeskanzlerin bedeutet aber auch: Wir halten fest an den Prinzipien des Harmelberichts der NATO von 1967. Sie lauten: Festigkeit in der Sache auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit und Dialog und Zusammenarbeit mit Russland mit dem Ziel einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung, die überall als gerecht empfunden werden kann.

Das heißt eben auch, mit und nicht ohne oder gar gegen Russland. Die Hand also bleibt ausgestreckt. Der Erfolg des NATO-Bündnisses liegt auch darin begründet, dass es sich als ein auf gleiche Wertvorstellungen gegründetes p o l i t i s c h e s Bündnis versteht. So, und nur so, war es möglich, Mauer und Stacheldraht und die Teilung Deutschlands friedlich zu überwinden.

Deutschland hat im Rahmen dieser Politik nach dem Zweiten Weltkrieg eine historische Rolle übernommen. Das am Boden liegende, zerstörte, besetzte und geteilte Land in seiner tiefsten moralischen Krise als Folge der NS-Verbrechen, wurde konstitutiv für die europäische Einigung und für das Bündnis der europäischen Demokratien mit Nordamerika durch seine klare politische Standortbestimmung Deutschlands. Gleichzeitig aber übernahm es die neue deutsche Demokratie im Westen, die Feindbilder im West-Ost-Verhältnis abzubauen und mit der deutschen Ostvertragspolitik den Weg für ein neues West-Ost-Verhältnis zu eröffnen, sowie als Motor des KSZE-Prozesses den Weg für eine Friedensordnung nicht nur für ganz Europa, sondern von Vancouver bis Wladiwostok freizumachen.

Der Auftrag von 1989 lautet, Europas Teilung zu überwinden und nicht die Teilungslinie aus der Mitte Europas an die russische Westgrenze zu verschieben. Das verlangt von Deutschland nicht größere Verantwortung, aber neue Verantwortung. Und das nicht nur von uns, sondern von allen Staaten des OSZE-Raumes, Russland ein- und nicht ausgeschlossen.

Wir brauchen jetzt eine Fortentwicklung der politischen Strategie des Westens und nicht eine Aufrüstung der Sprache mit gefährlichen politischen Wirkungen. Wir brauchen ein Harmel II-Bericht. Und nicht zu vergessen: Verbale Aufrüstung ist oft der Beginn noch gefährlicherer Entwicklungen.